

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

Klaus Hänsch MdEP verurteilt die Schmückle-Vorstellungen von einem Euro/US-SDI-Projekt: Illusionär und gefährlich.

Seite 1

Fritz Gerstl MdB kritisiert die hinhaltende Position der Bundesregierung in der Bekämpfung der Fluglärm-belästigung: Absichtserklärungen genügen nicht.

Seite 3

Günter Döding skizziert die 120jährige Geschichte der ersten national organisierten Gewerkschaft in Deutschland: Vom Zigarrenarbeiterverein zur NGG.

Seite 5

40. Jahrgang / 243

20. Dezember 1985

Illusionär und gefährlich

Zu Gerd Schmückles Vorstellungen von einem Euro/US-SDI-Projekt

Von Klaus Hänsch MdEP  
Obmann der Sozialistischen Fraktion im Politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments

Der frühere stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber in West-Europa, Gerd Schmückle, hat in einem Hearing des Unterausschusses Sicherheit und Abrüstung des Europäischen Parlaments in Brüssel für die Schaffung eines Euro/US-SDI geworben. Was er wahrscheinlich für das Ei des Kolumbus hält, entpuppt sich bei näherer Untersuchung als illusionär und gefährlich. Gegenüber diesem Gipfeltraum des NATO-Generals a.D. nimmt sich das anvisierte deutsche SDI-Rahmenabkommen mit den USA wie ein Maulwurfhaufen aus.

Schmückles Idee verstärkt die Illusion, daß es im nuklearen Zeitalter eine allein auf militärische Stärke gestützte Sicherheit geben könnte, und sei es eben die der besonderen Abwehrstärke.

Schmückle will aus den Abfällen der US-SDI-Forschung die konventionelle Kampfkraft West-Europas technologisch stärken. Das nährt die Illusion, daß die US-Weltraum-Verteidigung auf europäische Interessen umprogrammiert werden könnte.

Schmückles Plan bedeutet in der Praxis, daß das auf zivile Ziele gerichtete Eureka-Programm auf militärische Ziele orientiert und mit SDI verknüpft wird. Das wäre das Ende von Eureka und eine Behinderung der technischen Zusammenarbeit in Europa.

Verlag und Redaktion:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany  
and printed on recycled paper  
Kunzinger-Verlag



Schmückle plädiert für zwei starke Schutzschilde, wo man doch die starken Schilde gar nicht brauchte, wenn man die nuklearen Schwerter durch Abrüstung abschaffte. Die Staaten des Warschauer Paktes und der NATO müssen erkennen, daß sie Partner in der Abrüstung werden müssen; eine Partnerschaft in Schmückles Sinn wäre ein Irrweg.

Schmückle glaubt Reagans Versprechen, die USA würden die UdSSR an den Forschungsergebnissen von SDI beteiligen. Abgesehen von den entgegengesetzten Erfahrungen beim Forschungs- und Technologie-Austausch der vergangenen Jahren, würde diese Offerte eine europäische Beteiligung an SDI überflüssig machen. Denn wenn die UdSSR in Genuß der US-Erkenntnis kommt, sollten die Europäer doch wohl in gleicher Weise daran beteiligt werden.

Schmückle treibt Europa, sollte sein Plan verwirklicht werden, dazu, sich doppelt zu engagieren. Nämlich an der Weltraum-Verteidigung der USA und an der konventionellen Hochrüstung in Europa. Eindeutiger wird selten klar, daß SDI nichts weiter ist als eine neue Windung in der Hochrüstungs-Spirale. Schmückles Weg, auf derart kostspielige Weise den Frieden zwischen den Supermächten sichern zu wollen, ist eine Kriegserklärung an die Dritte Welt.

Für Schmückles Überlegungen gilt: Ein falscher Weg, den Frieden zu sichern, wird nicht dadurch besser, daß die Europäer ihn mitgehen.

(-/20.12.1985/rs/ks)

+ + +



### Unzumutbarer Fluglärm

Doch die Bundesregierung beläßt es bei Absichtserklärungen

Von Fritz Gerstl MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses  
Vorsitzender des Unterausschusses „Truppenübungsplätze und militärische Flugplätze“

Der Fluglärm und der Schießlärm am Rande von Truppenübungsplätzen wird von der Bevölkerung in zunehmendem Maße als nicht mehr zumutbar angesehen. Tausende von Eingaben an das Bundesverteidigungsministerium, an den Verteidigungs- und an den Petitionsausschuß machen dies sehr deutlich. Deshalb hat sich eine interfraktionelle Arbeitsgruppe unter meinem Vorsitz vor Ort mit den Problemen befaßt. Nach Anhörung von Regierungspräsidenten, Landräten, Bürgermeistern, Stadt-, Kreis- und Gemeinderäten und nach Auswertung vieler Eingaben wurde am 13. März 1985 der Bundesregierung ein Bericht mit zahlreichen Forderungen und Vorschlägen zur Verbesserung der Situation zugeleitet.

Anfang September hat nun die Bundesregierung unter maßgeblicher Beteiligung des Bundesverteidigungsministeriums dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages ihre Stellungnahme vorgelegt. Wegen der vordringlichen Behandlung des Haushaltes 1986 war eine parlamentarische Beratung des Regierungspapiers jedoch erst Anfang Dezember möglich. Am 4. und 11. Dezember befaßte sich der Verteidigungsausschuß eingehend mit den Vorlagen. Als Ergebnis stelle ich fest:

1. Die Antworten der Bundesregierung sind zum einen Teil unakzeptabel, zum anderen erschöpfen sie sich in Absichtserklärungen. Auf viele Fragen wurde überhaupt nicht eingegangen.
2. Der Vorschlag, für Tiefflüge unter 150 Metern ein System mit 48 rotierenden statt wie bisher sieben festen Gebieten einzurichten, bedarf noch gründlicher Beratungen in den Fraktionen.
3. Die Verlagerung der Tiefflugausbildung ins Ausland muß jetzt Gegenstand intensiver Verhandlungen mit den beteiligten Regierungen werden. Die soziale Absicherung der betroffenen Soldaten muß sichergestellt sein.
4. Die Bemühungen um Verringerung der Tiefflüge der alliierten Luftstreitkräfte in der Bundesrepublik (60.000 Tiefflugstunden pro Jahr!) müssen verstärkt werden.



5. Prüfaufträge und Forschungsvorhaben müssen endlich zum Abschluß gebracht werden, damit die notwendigen Einrichtungen zur Schießlärmverringering zügig verwirklicht werden können.
6. Die berechtigten finanziellen Forderungen der Kommunen, der Umfang der Hilfen für die Bevölkerung bei eigenen Schallschutzmaßnahmen und die finanziellen Auswirkungen aller ins Auge gefaßten Maßnahmen müssen geklärt werden.

Diese und viele andere nicht abschließend geregelte Fragen haben den Ausschuß veranlaßt, das Verteidigungsministerium aufzufordern, bis Mitte März 1986 weitere detaillierte Vorschläge vorzulegen. In der Zwischenzeit wird ein interfraktioneller Arbeitskreis zu den Vorschlägen der Regierung eine eigene Stellungnahme erarbeiten, die zu einer Behandlung der Thematik im Plenum des Deutschen Bundestages führen soll.

Der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages wird sich nicht damit zufriedengeben, wenn wieder einmal nur Absichtserklärungen, die auf eine möglichst ferne Zukunft verweisen, abgegeben werden. Er wird auch nach Abschluß der Beratungen im April 1986 darauf dringen, daß ein wirksamer Lärmschutz der Bevölkerung erreicht wird. Das Verteidigungsministerium kann davon ausgehen, daß der Verteidigungsausschuß jede Unterstützung geben wird, um im Haushalt die erforderliche finanzielle Abstützung aller Maßnahmen zu erreichen.

(-/20.12.1985/vo-he/rs)

+ + +

#### BERICHTIGUNG

Zu dem Artikel „Landbeschaffungsgesetz reformieren“ (Ausgabe vom 26. November) von Horst Isola, Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, teilt uns der Verfasser mit: „In dem oben genannten Artikel ist eine Fehlformulierung enthalten. Anstelle des Satzes ‚So soll bis zum Jahre 2.000 die Einrichtung von 15.000 zusätzlichen Wehrübungsplätzen erfolgen‘, ist folgende Formulierung aufzunehmen:

„So wird die bis zum Jahre 2.000 geplante Einrichtung von 15.000 zusätzlichen Wehrübungsplätzen eine verstärkte Übungstätigkeit zur Folge haben. Vor allem aber die Durchführung des sogenannten Master Restationing-Plans, das heißt die Verlegung von Truppen aus dem Raum 1 an die innerdeutschen Grenze, erhöht zusätzlich den Landbedarf.“

+ + +



Vom Zigarrenarbeiterverein zur NGG

Weihnachten vor 120 Jahren wurden die Grundlagen für eine starke Branchengewerkschaft geschaffen

Von Günter Döding  
Erster Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten

Vor 120 Jahren beschlossen in Frankfurt am Main Vertreter der süd- und mitteldeutschen Zigarrenarbeitervereine für die Weihnachtsfeiertage 1865 einen allgemeinen deutschen Zigarrenarbeiterkongreß nach Leipzig einzuberufen, auf dem endlich eine zentrale nationale Zigarrenarbeiterorganisation entstehen sollte. Vom 24. bis 27. Dezember 1865 trat dieser Kongreß dann zusammen, im Colosseum, einer der ältesten Versammlungsstätten der Leipziger Arbeiterbewegung. Am Ende der Beratungen stand die Gründung des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins. Damit war die erste national organisierte Gewerkschaft in Deutschland entstanden.

Gustav Pufal, der erste Vorsitzende der NGG, nach dem Zweiten Weltkrieg sagte in München auf dem Gründungskongreß unserer Organisation 1949: „Wir wollen uns in den kommenden Tagen ein Haus bauen, das jedem Mitglied Schutz vor Ausbeutung und Hilfe in seinem sozialen Kampf bietet. Als Grundpfeiler lassen sie uns die Begriffe Freundschaft, Vertrauen, Solidarität, Humanität setzen.“

Wir haben uns in den zurückliegenden Jahren bemüht, diesem Auftrag, jedem Mitglied Schutz und Hilfe zu bieten, gerecht zu werden, und ich denke, daß uns das auch im großen und ganzen gelungen ist.

Rund 900 Tarifverträge gelten im NGG-Organisationsbereich. Etwa 600 Einkommensverträge werden jährlich abgeschlossen, im Jahresdurchschnitt also zwei Abschlüsse täglich. Mit schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Problemen muß sich die NGG in den einzelnen Wirtschaftsgruppen auseinandersetzen: Rationalisierung, Vernichtung von Arbeitsplätzen, steigende nervliche Belastung der Arbeitnehmer. Die Antworten der Gewerkschaft NGG auf Herausforderungen unserer Zeit werden in einer Reihe von bahnbrechenden Tarifabschlüssen deutlich:

1959 Als erster Gewerkschaft Deutschlands gelingt es der NGG, die 40-Stunden-Woche in der Zigarettenindustrie tariflich einzuführen.



- 1962 NGG schließt einen der ersten Tarifverträge über zusätzliches Urlaubsgeld für Arbeitnehmer in der Ölmühlenindustrie ab.
- 1964 Erster Tarifvertrag mit erhöhtem Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer in der hessischen Mühlenindustrie vereinbart.
- 1969 Erstmals erreicht NGG für in Wechselschichten eingesetzte Arbeitnehmer der Zigarettenindustrie Arbeitszeiten unter 40 Stunden pro Woche sowie zusätzliche bezahlte Schichtfreizeit.
- 1974 Als erste Gewerkschaft vereinbart NGG mit dem Deutschen Brauerbund einen Einheitlichen Einkommenstarifvertrag für Arbeiter und Angestellte (gleiche Bewertungs- und Eingruppierungskriterien).
- 1978 NGG erreicht erstmals in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung die 20-Stunden-Woche für Arbeitnehmer der Zigarettenindustrie ab dem vollendeten 60. Lebensjahr bei vollem Entgeltausgleich oder die Freistellung von der Arbeit bei Fortzahlung von 75 Prozent der Bruttobezüge, ebenfalls ab 60.

In den meisten anderen Branchen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sind inzwischen für die älteren Arbeitnehmer neben sechs Wochen Urlaub bis zu 28 Arbeitstage zusätzlich bezahlte Freizeit vereinbart worden.

Alles in allem: Die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten steuert in ihrer Tarifpolitik konsequent und erfolgreich Kurs auf soziale Sicherheit. Wir sind stolz auf unsere 120jährige Tradition; und mit Stolz können wir auch auf unsere tarifpolitischen Erfolge nach dem Zweiten Weltkrieg zurückblicken.

+ + +

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern frohe Weihnachtsfeiertage.

Die nächste Ausgabe des SPD-Pressedienstes erscheint am 27. Dezember 1985.

Verlag und Redaktion